

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/019(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 22.03.2016	Altes Rathaus, Beimszimmer	17:00Uhr	18:50Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2016
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Soziale Betreuung von Flüchtlingen A0145/15
 - 5.1.1 Soziale Betreuung von Flüchtlingen S0029/16
 - 5.2 Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen A0005/16

6 Informationen

- 6.1 Vergleich der Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern in kommunaler Trägerschaft mit den Einrichtungen freier Träger / I0030/16
- 6.2 Haushaltsplan 2016 - Beratung für Frauen mit Gewalterfahrungen aufgrund von Flucht, Vertreibung, bzw. derzeitiger Aufnahme- und Unterbringungssituation sichern / I0047/16

7 Verschiedenes

- 7.1 Vorstellung der Dokumentation Fachgespräch Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationserfahrung

Anwesend:

Vorsitzende/r

Jenny Schulz

Mitglieder des Gremiums

Gerhard Häusler

Dr. Klaus Kutschmann

Marko Ehlebe

Steffi Meyer

Karsten Köpp

Tom Assmann

Sachkundige Einwohner/innen

Bärbel Bühnemann

Karina Schade-Köhl

Geschäftsführung

Heike Ponitka

Daniela Diestelberg

Laura Fischer

Sachkundige Einwohner/innen

Sarah Schulze

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadträtin Frau Schulz eröffnet die Sitzung und stellt die Gäste des Ausschusses vor. Frau Schulz stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 5.2 wurde auf den 12. April 2016 verschoben.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2016

Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2016. **7-0-0**

4. Öffentliche Sprechstunde

Es ist niemand zur öffentlichen Sprechstunde erschienen.

5. Anträge

5.1. Soziale Betreuung von Flüchtlingen Vorlage: A0145/15

Stadtrat Herr Assmann bringt den Antrag ein. Er erklärt, dass mit dem Antrag geprüft werden soll, ob es nicht möglich ist die Betreuung von Flüchtlingen auch an freie Träger zu übergeben um das Sozialamt zu entlasten und eine gelungene Integration zu ermöglichen.

Frau Henning, Sozialamt, bringt ein, dass die Stellungnahme inzwischen nicht mehr der aktuellen Situation entspricht. Bis Ende letzten Jahres wurden monatlich 700 Menschen aufgenommen. In den ersten Wochen dieses Jahres erfolgte kein Transfer.

Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolgt in Umsetzung der Vorgaben eines festgelegten Betreuungsschlüssels und der Leitlinien des Landes. Das Sozialamt hat sich auf den Bedarf der Betreuung eingerichtet und in Umsetzung des Stadtratsbeschlusses für zwei Jahre

Mitarbeiter/innen, Betreuer/innen, Unterkunftsverwalter/innen und Sozialarbeiter/innen eingestellt.

In der Lübecker Straße wird es eine Landeseinrichtung für Flüchtlinge geben, die zum 15.03.2016 eröffnen soll. Im April beginnt in der Breitscheidstraße eine weitere Landesaufnahmeeinrichtung, beide LAE insgesamt mit ca. 900 Plätzen. Flüchtlinge, die aufgenommen werden und deren Asylantrag abgelehnt wurde, bleiben bis zu 6 Monaten in den Landesaufnahmeeinrichtungen.

Frau Henning, Sozialamt, teilt mit, dass es die freien Träger nicht betreffen wird, Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften zu beraten bzw. zu betreuen, da ausreichend Personal von der Stadt eingestellt wurde. Aus der aktuellen politischen Situation und neuen Gesetzeslage heraus, wird erwartet, dass zukünftig die hier neu angekommenen zugewiesenen Ausländer schon eine Aufenthaltserlaubnis haben werden, also nicht zur Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft verpflichtet sind, aber zur Integration einen großen Beratungsbedarf haben.

Stadtrat Herr Ehlebe bringt ein, dass der Antrag zu spät ist und man weitere Kosten auslösen würde, wenn man dem Antrag zustimmt.

Stadtrat Herr Köpp fragt an, für wie flexibel Frau Henning den Magdeburger Wohnungsmarkt hält. Mit welchen Konsequenzen muss die Stadt rechnen? Gibt es Probleme mit der Aufnahmefähigkeit?

Frau Henning, Sozialamt, gibt an, dass diese Thematik sehr problembeladen ist. Unter den Zuwandernden sind ca. 80% alleinreisende Männer. Es ist ein Problem, für alleinstehende/alleinreisende Männer passenden Wohnraum zu finden, da viele nicht bereit sind in Wohngemeinschaften zu ziehen. Sie möchten größeren Wohnraum mieten, da sie auf den Familiennachzug warten. Das Sozialamt hat eine enge Zusammenarbeit mit der WoBau abgestimmt, die auch Wohnungsangebote vorhalten können. Es ist zum Glück Wohnraum in verschiedenen Größen in Magdeburg vorhanden. Frauen mit oder ohne Kinder und Familien kann man gut unterbringen. Auch Wohnungen in den höheren Etagen werden zum Teil abgelehnt, bzw. Flüchtlinge bleiben länger als notwendig in den Gemeinschaftsunterkünften.

Frau Henning, Sozialamt, gibt auch an, dass nicht alle in Magdeburg bleiben wollen, ca. 30 - 40 % wollen in andere Städte ziehen.

Stadtrat Herr Köpp fragt an, ob in Magdeburg jemand die Fördergelder für die Instandsetzung von Wohnungen wahrnimmt, um Flüchtlinge auch entsprechend unterzubringen?

Da Frau Henning auf diese Frage keine Antwort hat, fragt Herr Köpp, ob man dies vielleicht herausbekommen kann, da es ein neues Förderprogramm ist.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, fragt an, ob Frau Henning etwas zu dem aktuellen Anteil Frauen/Familien sagen kann.

Frau Henning, Sozialamt, gibt an, dass von 806 Personen mit Aufenthaltserlaubnis 473 Einzelpersonen (wenige Frauen) und 119 Familien sind.

Stadtrat Herr Assmann bringt ein, dass der Antrag in einer Hochzeit der Zuwanderung gestellt wurde und er den Antrag aufrechterhalten möchte.

Stadträtin Frau Schulz fragt an, ob es möglich ist, die Stellungnahme um die Punkte die heute genannt wurden zu ergänzen und die Stadträte es nochmal zum Einsehen bekommen.

Stadtrat Herr Häusler hätte lieber eine neue Info, statt einer Fortschreibung der Stellungnahme.

Frau Henning, Sozialamt, teilt mit, dass sie eine Aktualisierung der Situation von Flüchtlingen schriftlich zur Verfügung stellt.

Abstimmung: 1-4-2

5.1.1. Soziale Betreuung von Flüchtlingen Vorlage: S0029/16

Die Stellungnahme und der Antrag wurden insgesamt umfangreich von den Stadträtinnen und Stadträten und sachkundigen Einwohnerinnen diskutiert.

5.2. Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen Vorlage: A0005/16

6. Informationen

6.1. Vergleich der Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern in kommunaler Trägerschaft mit den Einrichtungen freier Träger / I0030/16

Herr Brink, Jugendamt, erläutert die Information I0030/16 und stellt dar, wie die Belegung sich in den kommunalen Einrichtungen gestaltet hat um ein ganzzeitliches und vollständiges Bild abgeben zu können bedarf es einer gewissen zeitlichen Abfolge. Sie gehen davon aus, dass mit der Abrechnung des Wirtschaftsjahres 2015 ein vollständigeres Bild abgeliefert werden kann. Von der Struktur her sollte erwähnt werden, dass zwischen den Personalkosten und Sachkosten unterschieden wurde. Es wurde unter variable und fixe Kosten unterteilt und ab Seite 4 gibt es eine grobe Gegenüberstellung der Kostenmassen der freien Trägerschaften des Eigenbetriebes KGm und die preiswerteste und teuerste Einrichtung.

Die Verwaltung berichtet mit dieser Info über die entstandenen Aufwendungen im HH-Jahr 2014 und vergleicht die Betreuung der Einrichtungen des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement (Eb KGm) mit denen der freien Träger.

Sachkundige Einwohnerin Frau Bühnemann fragt an, wieso die freien Träger höhere Ausgaben haben als die Eigenbetriebe?

Herr Brink, Jugendamt, beantwortet, dass es damit zusammen hängt, dass die Einrichtungen freier Trägerschaft auch Mietkosten haben und dadurch teurer sind. Es gibt unterschiedliche Tarifverträge und unterschiedliche Einrichtungen, die überwiegend Krippenkinder oder

Kindergartenkinder betreuen. Kindergarten ist im Personalbereich etwas preiswerter. Krippe ist immer ein teurerer Faktor auf Grund der Mindestpersonalschlüssel und je nachdem wie die Einrichtung ausgelastet ist.

Stadtrat Herr Ehlebe bringt ein, dass der Eigenbetrieb etwa 10% günstiger ist.

Herr Ehlebe spricht an, dass auch die Mieten der Eigenbetriebe berücksichtigt werden müssen und man diese nicht einfach rausnehmen kann. Man müsste dann zu dem Schluss kommen, mehr kommunale Kitas anzubieten. Wenn man die Kostenseite betrachtet, könnte man 10% sparen.

Es wäre schön, wenn die Stadträte eine fortlaufende Berichtserstattung bekommen könnten. Ihm ist aufgefallen, dass die Betreuungszeit bei den kommunalen Kitas deutlich geringer ist. Er fragt an, ob dies auch zu Einsparungen führt?

Stadtrat Herr Assmann fragt an, wo man bei den kommunalen Einrichtungen in Anlage 1 Mieten, Pachten bzw. Kredittilgung usw. findet? Bei den freien Trägern ist es enthalten und bei den kommunalen wird es rausgerechnet. Bei Anlage 2 gibt es bei dem kommunalen Gebäudemanagement häufig einen null Betrag, wie z. B: Kostenpunkt Körperpflege. Er fragt an, ob bei den kommunalen Einrichtungen keine Körperpflege betrieben wird? Gibt es keine Fortbildungen, Reparaturen in den kommunalen Einrichtungen?

Herr Brink, Jugendamt, gibt an, das diese Bestandteile der Anlagebuchhaltung sind und diese sich im großen Haushaltsplan der Landeshauptstadt wiederfinden.

Stadtrat Herr Ehlebe, bittet um Korrektur der Mieten usw. damit es nicht zu Fehlinterpretationen kommt und wies darauf hin, dass der OB im Stadtrat letzte Woche auf den Bedarf bei Kitaeinrichtungen hinwies und bevor wir eine Entscheidung treffen, möchte Herr Ehlebe auch die richtigen Daten haben.

6.2. Haushaltsplan 2016 - Beratung für Frauen mit
Gewalterfahrungen aufgrund von Flucht, Vertreibung, bzw.
derzeitiger Aufnahme- und Unterbringungssituation sichern /
I0047/16

Frau Henning, Sozialamt, erläutert, dass eine Stellenausschreibung intern erfolgt ist und man sich heute für eine der zwei Interessentinnen entschieden hat. Es sind 50% von einer Vollzeitstelle und sollte ein größerer Bedarf bestehen, wird diese Stelle auch angepasst.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, bringt ein, dass eigentlich eine volle Stelle beschlossen ist. Auch Stadtrat Ehlebe bestätigt dies. Frau Ponitka bittet um Prüfung.

Frau Henning, Sozialamt, wird dies prüfen und gibt auf Nachfrage an, dass die Mitarbeiterin englisch und persisch spricht. Die Mitarbeiterin wird im Sozialamt ihr Büro haben.

7. Verschiedenes

Stadtrat Herr Dr. Kutschmann spricht nochmals das Thema Frauenfußball in Magdeburg an. Er schlägt vor, die Vereinsvorsitzenden und Spieler zu einer FuG Sitzung einzuladen. Terminvorschlag wäre der 24.05.2016. Der Ausschuss stimmte dem zu.

7.1. Vorstellung der Dokumentation Fachgespräch Arbeit mit Kindern
und Jugendlichen mit und ohne Migrationserfahrung

Frau Diestelberg, Gleichstellungsamt, stellt Ihre Präsentation und die Ergebnisse der Fachdiskussion (siehe Anlage) vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jenny Schulz
Vorsitzende/r

Laura Fischer
Schriftführer/in